

V9 Zukunftsfähigkeit beginnt mit dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Antragsteller*in: Volkhard Wille (KV Kleve)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 Deutschland nach der Bundestagswahl

2 CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag in vielen Politikbereichen
3 einen Roll-Back in die Vergangenheit vereinbart. Diese Politik hat keine Antwort
4 auf die existenziellen Herausforderungen der Überschreitung der planetaren
5 Grenzen, der Klimakrise und des Artensterbens – und ist zugleich nicht in der
6 Lage, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

7 Ganz besonders trifft dies auf alle Politikfelder zu, die eigentlich dem Schutz
8 unserer natürlichen Lebensgrundlagen dienen sollen:

- 9 • Abbau von Umweltstandards unter dem Deckmantel “Bürokratieabbau”
- 10 • Ausbau der industriellen Landwirtschaft und vereinfachte Pestizidzulassung
11 auch auf Kosten der bäuerlichen Betriebe
- 12 • Streichung des naturschutzrechtlichen Ausgleichs bei bestimmten Eingriffen
13 in die Natur
- 14 • Abbau von Bürgerrechten wie Umweltinformation, Beteiligungs- und
15 Klagerechten und damit Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaates

16 Gegen diese anti-ökologischen Pläne zu Lasten unserer und zukünftiger
17 Generationen braucht es jetzt dringend eine starke Gegenwehr – aus der Politik
18 in Berlin und NRW sowie aus der Zivilgesellschaft.

19 Wichtige Handlungsfelder zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen – in
20 Deutschland und NRW

21 1. Natürlicher Klimaschutz

22 Der natürliche Klimaschutz bietet nicht nur Vorteile für das Klima wie CO₂-
23 Speicherung in Mooren und Wäldern, sondern auch für die Anpassung an
24 Extremwetterereignisse wie Dürren oder Überschwemmungen. Intakte Ökosysteme sind
25 widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels. Durch eine konsequente
26 Umsetzung dieser Maßnahmen kann natürlicher Klimaschutz einen entscheidenden
27 Beitrag zur Bekämpfung der ökologischen Doppelkrise aus Klimawandel und
28 Artensterben leisten.

29 Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie das Aktionsprogramm
30 Natürlicher Klimaschutz ausbaut, die rechtlichen Instrumente für eine
31 verbesserte Umsetzung schafft und ein Naturflächenbedarfsgesetz schnell
32 beschließt.

33 NRW geht voran: Konkret in NRW stärken wir derzeit den ökologischen
34 Hochwasserschutz, setzen das Landesprogramm Biologische Vielfalt um und
35 realisieren den Moorschutz gemeinsam mit den Landnutzenden.

36 2. Schutz von Biodiversität und Artenvielfalt

37 Deutschland muss dringend seine Biodiversitätsstrategie konsequent umsetzen und
38 dabei sowohl nationale als auch globale Verpflichtungen erfüllen. Die
39 Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme, die Reduktion von schädlichen
40 Praktiken in der Landwirtschaft und ein naturverträglicher Ausbau erneuerbarer
41 Energien sind zentrale Ansätze. Gleichzeitig erfordert der Artenschutz klare
42 Regelungen zur Konfliktbewältigung zwischen Naturschutzinteressen und
43 wirtschaftlichen Aktivitäten.

44 Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie Land- und Forstwirtschaft
45 ökologischer ausrichtet, den Einsatz von Pestiziden reduziert und den
46 Flächenverbrauch wirksam zurückführt.

47 Biodiversität ist ein fragiles Gut, das Zusammenspiel der Arten noch nicht
48 völlig geklärt. Daher ist es unabdingbar, unseren Fußabdruck an chemischen und
49 mechanischen Einflüssen auch zum Erhalt der Artenvielfalt so gering wie möglich
50 zu halten.

51 NRW wird daher die europäische Wiederherstellungsverordnung konsequent umsetzen
52 und seine Biodiversitätsstrategie zeitnah fortschreiben.

53 3. Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft

54 Ohne die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft können weder Klima- noch
55 Nachhaltigkeitsziele erreicht werden. Dies gilt ganz besonders für die
56 Bauwirtschaft. In NRW ist die Umweltwirtschaft bereits heute einer der
57 wichtigsten Wirtschaftsbereiche, mit mehr Arbeitsplätzen als in der
58 Automobilindustrie.

59 NRW handelt: Mit der 3. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) werden die
60 Weichen zur Reduktion des Flächenverbrauchs, zum Schutz landwirtschaftlicher
61 Flächen und für einen Degressionspfad zum Abbau von Kies und Sand zugunsten
62 einer Kreislaufwirtschaft im Bausektor gestellt.

63 Die Finanzierung des Verbandes für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV)
64 werden wir deutlich ausweiten.

65 4. Weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien

66 Günstiger Strom aus Erneuerbaren Energien, aus Wind, Sonne, Wasserkraft,
67 Geothermie und naturverträglicher Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist
68 auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden
69 zunehmend elektrisch. Besondere Aufmerksamkeit verdient der flächensparende
70 Ausbau durch Nutzung des baulichen Innenbereichs für die Photovoltaik und der
71 Agri-PV im Außenbereich.

72 Wir in NRW halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo, legen Wert auf die
73 Naturverträglichkeit und bauen die Infrastruktur so aus, dass der günstige Strom
74 bei Menschen und Unternehmen ankommt. Für uns Grüne ist es wichtig, auch immer
75 über Energieeinsparungen nachzudenken – und sie wo möglich umzusetzen. In diesem
76 Kontext sehen wir auch den verstärkten Einsatz von KI nicht nur positiv, geht er
77 doch mit massivem Stromverbrauch einher.

78 Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Biogasanlagen zeitnah zu überbauen und
79 ihnen eine Perspektive zu schaffen, unter Berücksichtigung eines Ökobonus für

80 ökologisch produzierte Betriebsstoffe, eines effektiven Maisdeckels und einer
81 sinnvolle Einbindung in kommunale Wärmenetze, wo möglich. Damit nutzen wir die
82 Graue Energie in den bestehenden Anlagen weiter und können einzelne
83 Gaskraftwerke überflüssig machen.

84 Der Bund ist gefordert, den Import von Flüssiggas (LNG) schrittweise zu
85 reduzieren.

86 5. Naturverträgliche Landnutzung, Tierschutz und Ernährung

87 Der Wald dient als Lebensgrundlage, Wasserreservoir und Naherholungsgebiet. Wir
88 müssen also einen guten Umgang mit ihm pflegen. Die Ampel hat es trotz
89 hervorragender Vorarbeit des Bundeslandwirtschaftsministeriums nicht mehr
90 geschafft, das Bundeswaldgesetz zu reformieren. Die Berliner
91 Rückschrittskoalition hat dieses Vorhaben fallen gelassen.

92 In NRW bedeckt Wald ca 28% der Landesfläche und ist daher zentraler Bestandteil
93 eines klimaschonenden, CO₂-speichernden und biodiversitätserhaltenden
94 Umweltschutz. Wir werden daher das Landesforstgesetz zu einem Landeswaldgesetz
95 überarbeiten und weitere Waldflächen unter Wildnisschutz stellen. Über den
96 Bundesrat werden wir uns einsetzen für eine pestizidfreie, gentechnikfreie und
97 naturnahe Waldbewirtschaftung, die der Gesellschaft ökologischen Vorteil bringt
98 und den Waldbesitzenden darüber hinaus ein Einkommen.

99 Neben heimischen Arten müssen wir uns immer mehr mit Neozoen und Neophyten
100 auseinandersetzen. Hier kommt es zu einer weiteren, teilweise einschneidenden
101 Veränderung unserer Ökosysteme. Wir müssen kluge, wissenschaftsbasierte
102 Maßnahmen im Umgang mit neuen Arten entwickeln.

103 Wir denken Ernährung, Landwirtschaft, Klima-, Natur- und Tierschutz gemeinsam!
104 Die ökologische Landwirtschaft wollen wir weiterhin ausbauen und den Pestizid-
105 Einsatz insgesamt reduzieren. Wir streben eine Stärkung der regionalen
106 Lebensmittelverarbeitung und damit eine verbesserte Wertschöpfung vor Ort an.

107 Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung brauchen wir
108 einen systemischen Wandel. Analog zu der Planetary Health Diet setzen wir auch
109 auf mehr pflanzliche Proteine und weniger tierische Produkte. Für die
110 ökologische Nachhaltigkeit müssen regionale und saisonale Lebensmittel einen
111 hohen Anteil auf unseren Tellern haben. Durch eine Verringerung der Tierhaltung
112 können Ressourcen wie Flächen genutzt werden, um den Tieren in unserer
113 Landwirtschaft mehr Raum zu geben. Darüber hinaus ist es wichtig für die
114 Gesundheit in den Beständen wieder mehr genetische Vielfalt zuzulassen. Der
115 Grundsatz des Tierschutzes, Leiden und Schmerz zu vermeiden bzw. zu lindern,
116 gilt überall in Landwirtschaft und Gesellschaft.

117 6. Umweltschutz als Gesundheitsvorsorge

118 Saubere Luft, reines Wasser und unbelastete Böden sind essentiell für unsere
119 Gesundheit und Wohlergehen. Umweltschutz darf beim Klimaschutz nicht aufhören,
120 sondern muss alle Bereiche des täglichen Lebens mitdenken.

121 Luftverschmutzung ist eine der Hauptursachen für Erkrankungen der Atemwege und
122 des Herz-Kreislauf-Systems, sauberes Trinkwasser ist die Grundlage unserer
123 Ernährung. Der Schutz von Flüssen, Seen und Grundwasserquellen sorgt für eine
124 sichere Wasserversorgung. Weniger Lärm- und Lichtverschmutzung verbessert die

125 Schlafqualität, senkt das Risiko für Stress und Depressionen und sorgt für
126 psychisches Wohlbefinden. Mehr Grünflächen in Städten fördern zudem Bewegung,
127 Erholung und soziale Begegnungen.

128 Senioren und Kinder und Menschen mit niedrigem Sozialstatus sind besonders
129 vulnerabel gegenüber Umweltbelastungen. Schon geringe Schadstoffmengen können
130 irreversible Schäden hervorrufen. Umweltgerechte Stadtplanung, schadstoffarme
131 Lebensweisen und gezielte Schutzmaßnahmen für Kinder und Senioren sind daher ein
132 zentraler Baustein einer vorsorgenden und sozial gerechten Umwelt- und
133 Gesundheitspolitik. Wir greifen den Masterplan Umwelt und Gesundheit auf und
134 entwickeln ihn weiter - zum Schutz von Kindern, Älteren und allen Bürgerinnen
135 und Bürgern NRWs.

136 Mithilfe digitaler Technologien lassen sich Umweltdaten in Echtzeit erfassen,
137 Belastungsschwerpunkte erkennen und gezielt handeln. Die Digitalisierung kann
138 damit zum Frühwarnsystem für Gesundheitsbelastungen werden – wenn Daten
139 öffentlich zugänglich, lokal nutzbar und datenschutzkonform erhoben werden.

140 7. Stärkung der Demokratie durch Bürger- und Beteiligungsrechte im Sinne der
141 Aarhus-Konvention

142 Zu einer funktionierenden Demokratie gehören Bürger- und Beteiligungsrechte.
143 Jahrzehntlang erkämpfte Möglichkeiten zum Zugang zu Informationen nach dem
144 Informationsfreiheitsgesetz und dem Umweltinformationsgesetz gehören genauso
145 dazu, wie Beteiligungsmöglichkeiten bei Planverfahren und die Möglichkeit zu
146 Verbandsklagen für den Fall, dass Umweltgesetze nicht eingehalten werden. Denn
147 Natur und Umwelt können ihre Rechte nicht selbst durchsetzen, sondern benötigen
148 Umweltverbände als starke Anwälte.

149 Die neue Bundesregierung legt die Axt an diese Rechte und Gesetze und beschränkt
150 unter dem Deckmantel der Verfahrensbeschleunigung grundlegende Rechte in einer
151 Demokratie.

152 Wir in NRW stehen für den Schutz der Bürger*innenrechte und die Beibehaltung
153 hoher Umweltstandards.

154 Die LDK beschließt:

155 Wir setzen uns konsequent für mehr Natur-, Umwelt- und Gesundheitsschutz als
156 Daseinsvorsorge ein und werden Nordrhein-Westfalen als Gegenmodell zur
157 Rückschrittskoalition in Berlin entwickeln:

158 1. Stärkung des natürlichen Klimaschutzes

159 2. Umsetzung von konkreten Maßnahmen zum Schutz von Biodiversität und
160 Artenvielfalt

161 3. Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft

162 4. Weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien

163 5. Naturverträgliche Landnutzung, Tierschutz und Ernährung

164 6. Umweltschutz als Gesundheitsvorsorge und Kinder gezielt vor Umweltbelastungen
165 schützen

166 7. Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft durch Bürger*innen- und
167 Beteiligungsrechte im Sinne der Aarhus-Konvention

Unterstützer*innen

Gregor Kaiser (KV Olpe); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Wiltrud Kampling (KV Steinfurt); Kristina Füchtjohann (KV Steinfurt); Angelika Fleischer (KV Herford); Christian Böhning (KV Paderborn); Britta Hollinderbäumer (KV Steinfurt); Astrid Vogelheim (KV Aachen); Robert Hülsken (KV Kleve); Ulrich Christenn (KV Wuppertal); Matthias Ellers (KV Steinfurt); Claus Wittke (KV Oberberg); Dominik Severt (KV Steinfurt); Martina Gamm (KV Paderborn); Carolin Koch (KV Paderborn); Michael Retzlaff (KV Kleve); Judith Erichlandwehr (KV Kleve); Uta Spräner (KV Coesfeld); Angelika Surkamer (KV Paderborn); Thomas Rabe (KV Münster); Armin Dinn (KV Wuppertal); Rebecca Joest (KV Wuppertal); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Mirko Bamming (KV Steinfurt); Lothar Beer (KV Paderborn); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Maike Wennemer (KV Düsseldorf); Matthias Pröll (KV Olpe); Kai Brehe (KV Steinfurt); Susanne Weidelt (KV Paderborn); Norwich Rüße (KV Steinfurt); Dennis Knot (KV Kleve)